

Die CVP macht einen Rückzieher

Partei startet keine Initiative zur Fusionssimulation, entgegen bisherigen Ankündigungen

Von Christian Horisberger und Daniel Ballmer

Liestal/Basel. «Leider würde eine neue Initiative gar nicht viel nützen», räumt die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider ein. Damit lasse sich kaum zusätzlicher Druck auf die beiden Kantonsregierungen aufbauen. Erst vor wenigen Tagen hatte das noch ganz anders getönt. Mit Pauken und Trompeten drohte die Baselbieter CVP an ihrem Parteitag in Muttenz mit einer Volksinitiative für eine sofortige Umsetzung der «Simulation eines Kantons Basel». Dies, nachdem die Regierungen beider Basel in einer gemeinsamen Klausur Ende August beschlossen hatten, die Simulation erst nach einer allfälligen Annahme der beiden Fusions-Initiativen in Stadt und Land durchzuführen.

«Wir müssen Druck machen», gab man sich am CVP-Parteitag darauf kämpferisch. Es gehe nicht an, dass das Parlament der Regierung einen Auftrag erteile und diese ihn nicht ausführe. Bevor die Ergebnisse der Simulation nicht vorlägen, lasse sich die CVP nicht auf die Kantonsfusions-Initiative ein. Es brauche erst Fakten, um einen Entscheid fällen zu können. Bevor eine weitere Initiative aber definitiv beschlossen werde, wollte die CVP die nächste Sitzung der Kantonsregierungen abwarten. Diese hat am Dienstagabend stattgefunden. Die Simulation wurde nochmals kurz besprochen. Doch: An der Haltung der beiden Regierungen hat sich nichts geändert.

Doch nur Säbelrasseln?

Damit ist wieder die CVP am Zuge. Eine Initiative zur sofortigen Umsetzung der Simulation wird sie nun aber offensichtlich doch nicht starten – entgegen bisheriger Ankündigungen. «Eine weitere Initiative wäre hier das falsche Instrument», sagt Schneider. «Sie käme wohl ohnehin erst an die Urne, nachdem das Volk bereits über die Fusions-Initiativen abgestimmt hat.» Also nur Drohgebärden und Säbelrasseln? Macht die CVP einen Rückzieher, nachdem die Regierungen bei ihrer Haltung bleiben? Schneider will die Frage nicht beantworten, verweist auf Parteipräsidentin Sabrina Mohn.

Aber auch Mohn weicht aus. Die Baselbieter CVP werde das Thema am nächsten Parteitag von Anfang Novem-



Plan B. Die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider (l.) und die Parteipräsidentin Sabrina Mohn. Fotos Henry Muchenberger/Dagmar Morath

ber nochmals aufgreifen, kündigt die CVP-Präsidentin an. «Bis dahin unternehmen wir nichts.» Die Parteichefin räumt aber selber ein, dass es dannzumal bereits zu spät sein könnte für eine «Simulations-Initiative». Denn eben: Die Wahrscheinlichkeit besteht, dass das Volksbegehren – vorausgesetzt, es käme zustande – erst abstimmungsreif würde, nachdem das Volk bereits über die Fusions-Initiative abgestimmt hat.

Ob mit oder ohne Simulation: Mohn will vor einer Abstimmung über die Fusions-Initiative auf jeden Fall zuerst Fakten schaffen, bevor ein Prozess in Gang gesetzt wird, der während vieler Jahre grosse Ressourcen beansprucht. Beispiel: Was kostet die Arbeit eines Verfassungsrats? Zurzeit seien zu viele Fragen offen. Das führe zu Unsicherheiten. Und das sei das Letzte, was das Baselbiet im Moment gebrauchen könne. Deshalb werde sich die CVP auf parlamentarischer Ebene da-

für einsetzen, dass – wenn nicht über eine Simulation – andere Wege gefunden werden, um rasch an Fakten zu kommen, die zeigen, worauf man sich bei einem Ja zur Fusions-Initiative einlässt.

Auslegeordnung reicht dem Kanton

Gelassen zeigt sich Isaac Reber. Der zuständige Regierungsrat glaubt nicht daran, dass die CVP ernst macht mit einer Simulations-Initiative: «Ich könnte mir vorstellen, dass die Partei doch noch zur Überzeugung kommt, dass unser Vorgehen durchaus sinnvoll ist.» An den kürzlich erfolgten Ebenrainggesprächen habe die Regierung allen Fraktions- und Parteichefs ihre Position erörtert und sei auf breite Akzeptanz gestossen. «Ich setze darauf, dass die CVP nachvollziehen kann, dass wir bereit sind, uns zu engagieren – aber so, wie wir dies für richtig erachten.» Konkret: Keine kostspielige Simulation ohne fehlende entscheidende

Eckwerte. Stattdessen würden die beiden Regierungen jetzt eine Auslegeordnung aktueller und künftiger Aufgaben von Kanton und Gemeinden erstellen. Die Ergebnisse könnten nach Annahme der Fusions-Initiativen für eine Simulation genutzt werden. Und bei einer Ablehnung schafften sie eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit beider Basel.

Doch damit will sich die CVP nicht einfach zufriedengeben. «Ich spüre auch in der Bevölkerung grosses Unverständnis darüber, dass die Regierung nicht bereit ist, Fakten auf den Tisch zu legen», sagt Nationalrätin Schneider. Allenfalls gebe es aber auf privater Ebene Möglichkeiten, eine Simulation durchzuführen – etwa mit Avenir Suisse oder der Uni Basel. Eine Haltung, die der Basler CVP-Fraktionschef Lukas Engelberger teilt. «Wir sind nämlich weiter der Meinung, dass wir aufgrund von Fakten entscheiden wollen», betonen beide unisono.

Nachrichten

Wechsel in Leitung der Kindertagesklinik Liestal

Liestal. Die Kindertagesklinik (KTK) an der Oristalstrasse hat seit Anfang letzter Woche mit Prof. Dr. Rainer Galaske einen neuen medizinischen Leiter. Dieser übernimmt die Leitung der Klinik von Prof. Dr. Faruk Hadziselimovic, der während 17 Jahren für die Kindertagesklinik tätig war. Ebenso erweitert die KTK ihr Führungsteam mit dem laut einer Medienmitteilung aus der Pharmabranche bekannten Fritz Kunz aus Therwil und mit Werner Durrer, der als Geschäftsführer der KTK amtiert.

Die Landräte nutzen lieber weiter Papier

Liestal. Rund 136 000 Franken könnte der Kanton Baselland jährlich sparen, wenn er die Landratsunterlagen nicht mehr auf Papier, sondern nur noch per Mail verschicken würde. Daraus aber wird vorderhand nichts, wie die Regierung auf eine Interpellation von SVP-Landrat Oskar Kämpfer antwortet. Die Landeskantlei habe beschlossen, die Parlamentarier weiterhin mit Papier zu bedienen, weil sich diese auf eine entsprechende Umfrage grossmehrheitlich gar nicht erst gemeldet hätten.

Drei Verletzte nach Deckeneinsturz



Pfeffingen. Auf einer Baustelle am Hollenweg stürzte am vergangenen Dienstagmorgen kurz vor 10 Uhr aus noch ungeklärten Gründen eine Decke ein. Die drei Bauarbeiter, die gerade mit dem Betonieren der Decke beschäftigt waren, zogen sich dabei Verletzungen zu und wurden von der Sanität Käch in umliegende Spitäler eingeliefert. Die Ursache des Deckeneinsturzes wird von der Polizei Basellandschaft und dem Bauinspektorat derzeit noch ermittelt.

Entwicklungsplanung stösst auf Interesse

Liestal. Die E-Partizipation zum Projekt ELBA (Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil) ist erfolgreich abgeschlossen worden. Während eines Monats hatte die Bevölkerung von Ende August an die Möglichkeit, sich in Onlineumfragen zur Raumentwicklung in den kommenden 20 bis 40 Jahren zu beteiligen. Rund 1000 Umfragen wurden ausgefüllt und werden derzeit ausgewertet, die Ergebnisse sollen Ende November an einem öffentlichen Anlass präsentiert werden, wie die Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Baselland in einer Mitteilung schreibt.

Opfer führte ein Doppelleben

Frau soll verheiratet gewesen sein und lebte mit Freund

Frenkendorf. Weitere Erkenntnisse im Tötungsfall von Frenkendorf stützen die These, dass die 49-jährige Frau Opfer eines Beziehungsdelikts geworden sein könnte. Wie der «Blick» gestern schreibt, sei am Freitag, dem Tag, als die Leiche entdeckt wurde, eine Nachbarin vor der Wohnung der Getöteten von einem Mann angesprochen worden – offenbar einem Kollegen des Freundes der Toten. Dieser habe ihr eine SMS dieses Freundes gezeigt: «Ich habe meine Freundin umgebracht.» Der Mann habe sie gefragt, was zu tun sei. Sie riet ihm, die Polizei zu verständigen. Diese fand daraufhin die Leiche der Frau.

Wie der «Blick» von einer früheren Nachbarin des Opfers erfuhr, soll die gebürtige Bosnierin ein Doppelleben geführt haben: Sie sei mit einem deutlich älteren Schweizer verheiratet gewesen; die Wohnung in einem Frenkendorfer Mehrfamilienhaus habe sie aber mit einem anderen Mann geteilt.

Laut der Freundin habe die Frau den Schweizer unter der Bedingung geheiratet, dass er ihr in ihrer alten Heimat ein Haus baue. Dort sollte das Paar nach der Pensionierung des Mannes leben. Der Gatte habe dies denn auch getan. Die Frau sei aber zunächst in der Schweiz geblieben, während der Ehemann wie geplant auswanderte. Begründet habe das spätere Opfer dies mit einer guten Stelle. Tatsächlich, so die Freundin weiter zum «Blick», sei sie aber mit dem Freund zusammengezogen. Die Polizei schweigt dazu, ob sie den Urheber der SMS als möglichen Täter im Visier hat. ch

Viele Privatversicherte gehen fremd

Die Sogwirkung der Basler Spitäler auf Baselbieter Patienten ist gross

Von Martin Brodbeck

Liestal. Mehr Baselbieterinnen und Baselbieter gehen ausserkantonale ins Spital als umgekehrt. Das zeigt eine Untersuchung des Statistischen Amtes Baselland, die sich auf die Zahlen aus dem Jahre 2010 stützt. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den Pendlerströmen zwischen Baselland und Basel-Stadt. 15 088 Baselbieterinnen und Baselbieter gingen in Basel ins Spital. Basler hingegen kamen nur 1707 ins Baselbiet, um sich stationär behandeln zu lassen.

Betrachtet man die Zahlen der innerkantonale behandelten Baselbieter mit jenen, die in irgendeinen anderen

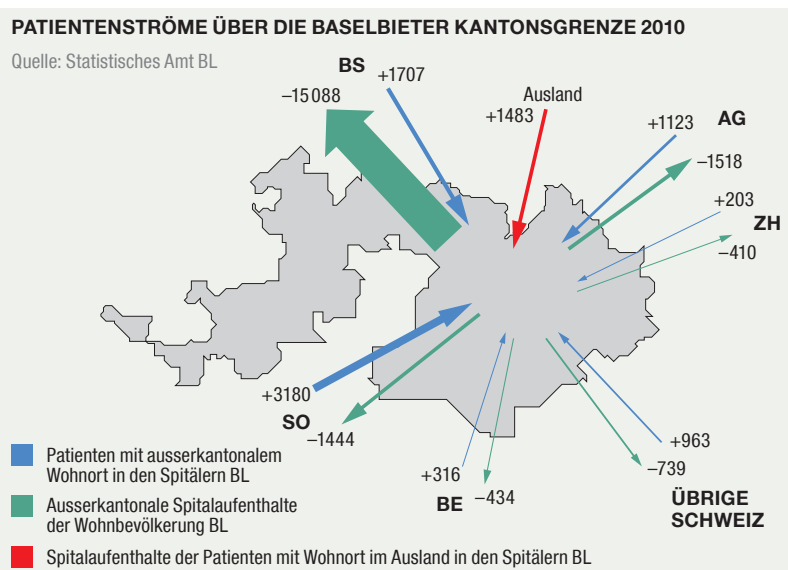
Schweizer Kanton gehen, zeigt sich ein vertrautes Bild. Die Baselbieter Spitäler versorgen 61 Prozent der Baselbieter Patienten. Schlägt man noch die Ausserkantonalen dazu, die sich im Baselbiet behandeln lassen, dann kommt man auf den Selbstversorgungsgrad von rund Zweidrittel, den Baselland seit jeher anbietet. Auffällig ist die relativ hohe Zahl der Solothurner Zupendler, was sich mit der Schliessung des Spitals in Breitenbach erklären lässt. Die geringe Zahl der Baselbieter, die in ein Solothurner Spital geht, erstaunt hingegen. Die Sogwirkung des Spitals in Dornach war offenbar nicht so gross. Erstaunlich gering ist auch die Zahl der Baselbieter,

die ein Spital (meist universitäres Zentrum oder Privatspital) in den Kantonen Bern und Zürich aufsuchen.

Interessanter als die Pendlerbewegungen zwischen den Kantonen sind die Zahlen je nach Wohnregion. Sie zeigen, dass die Sogwirkung Basels im unteren Kantonsteil grösser ist als im oberen Kantonsteil oder im Laufental. Nur gut die Hälfte im Unterbaselbiet wählt ein Baselbieter Spital, im Oberbaselbiet sind es 75 Prozent und im Laufental 70 Prozent. Grosse Unterschiede gibt es auch bei den Klassen. Baselbieter in Baselbieter Spitalern sind zu 20 Prozent halbprivat- oder privatversichert. Bei den Baselbietern in ausserkantonalen Spitalern machen die beiden oberen Klassen fast 40 Prozent aus. Weil 2010 noch das alte Spitalfinanzierungssystem ohne Freizügigkeit nur für die Grundversicherten galt, wird es interessant sein, ob künftig Basel auch eine grössere Sogwirkung auf Grundversicherte haben wird. Grosse Unterschiede bestehen je nach Krankheitsbild. So werden 49 Prozent der Tumorbehandlungen ausserkantonale durchgeführt.

Kaum Binnenwanderung

Interessant ist auch ein Blick auf die Binnenwanderung. Hier zeigt es sich, dass Unterbaselbieter kaum ins Oberbaselbieter Spital gehen (14 Prozent) und umgekehrt (13 Prozent). Da kommt auf das neue Kantonsspital Baselland voraussichtlich noch viel Überzeugungsarbeit zu. Denn dieses will Schwerpunkte bilden. Und damit dieses System funktioniert, müssen die Patienten bereit sein, für eine Spitalbehandlung über die Hülfenschanz zu gehen.



Ungleichgewicht. Viele Baselbieter Patienten gehen nach Basel ins Spital. Nur wenige zieht es in die Universitätskantone Bern und Zürich. Grafik BaZ/rm

ANZEIGE

DER NEUE VOLVO V40
JETZT AB CHF 29 900.-

MIT LEASING SCHON AB CHF 297.-/MT.

EXKLUSIV FÜR DIE SCHWEIZ: 5 JAHRE GARANTIE
 150 000 KM SERVICE VOLVO ASSISTANCE

CENTRA-GARAGE AG
 LEIMGRUBENWEG 14 VIS-A-VIS BP SERVICE DREISPITZ
 4053 BASEL TEL. 061 338 66 11 www.centra-garage.ch